

Am Rande

Wer ausgeschlossen ist, wird leicht übersehen. Exklusion kann ganz unterschiedliche Ursachen und Konsequenzen haben – auch in Zusammenhang mit Migration. Sechs Max-Planck-Institute haben sich in einem institutsübergreifenden Projekt des Themas angenommen. Darin gehen sie unter anderem der Frage nach, warum Einwanderer oft ihre gute Gesundheit einbüßen. Sie ergründen, was geflüchtete Somalier dazu bewegt, von Europa nach Kenia zu ziehen, und welche Folgen der EU-Türkei-Deal für die Rechte von Asylbewerbern in Griechenland hat. Das gemeinsame Ziel: Exklusion sichtbar machen und faire Regeln für Migration erarbeiten.

INTERVIEW UND TEXTE **MECHTHILD ZIMMERMANN**



Zwei Welten: Im hessischen Marburg trennt nicht nur der Zaun das Leben in der Zeltunterkunft von dem in den Häusern ringsum. Insgesamt sind die Asylbewerber von vielem ausgeschlossen; sie dürfen nicht arbeiten und das Land Hessen nicht verlassen.



„Die andere Seite der Medaille“

Marie-Claire Foblets vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung über die Ziele der Forschungsinitiative zum Thema Exklusion

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 hat die Max-Planck-Gesellschaft eine Forschungsinitiative zu Migration ins Leben gerufen. Die Idee: Verschiedene Institute, die bereits in diesem Feld arbeiten, bündeln ihre Kompetenzen, um neue Erkenntnisse in diesem gesellschaftlich bedeutenden Bereich zu sammeln. Marie-Claire Foblets koordiniert das Projekt zusammen mit Ayelet Shachar und Steven Vertovec vom Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften.

Integration gilt als die größte Herausforderung für die Gesellschaft. Warum forschen Sie und Ihre Kollegen nicht in diesem Bereich, Frau Foblets?

Marie-Claire Foblets: Integration ist ein sehr wichtiges Thema! Es wäre naheliegend, sich damit zu beschäftigen. Aber wir haben bewusst erst einmal das wissenschaftliche Feld sondiert und sind dabei auf außerordentlich viele Projekte gestoßen, die sich mit Integration befassen. Dabei gerät meistens aus dem Blick, dass bei dem Bemühen um Integration auch Menschen ausgegrenzt oder ausgeschlossen werden.

Was interessiert Sie besonders am Thema Exklusion?

Exklusion ist nie ganz vermeidbar. Jede menschliche Gemeinschaft legt fest, wer dazugehört und wer nicht. Allerdings sind Integration und Exklusion zwei Seiten einer Medaille, sie schließen einander nicht aus. Einwanderer von außerhalb der EU haben bei uns zum Beispiel begrenzte politische Rechte – was nicht bedeutet,

dass sie in ihrem Umfeld in Deutschland nicht gut vernetzt sein können. Manche sind auch sehr gut ausgebildet, bekommen aber trotzdem nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Auch die Zeit spielt eine Rolle. Unser Ziel ist, die Mechanismen und Dynamiken von Exklusion besser zu verstehen.

Ist Exklusion vor allem das Ergebnis staatlicher Regelungen?

Der Staat ist ein sehr wichtiger Akteur. Er bestimmt, welche Rechte und Pflichten Einwanderer haben und von welchen sie ausgeschlossen sind. Der rechtliche Status ist daher ein Schwerpunkt unserer Initiative. Wir hinterfragen die Kriterien, nach denen die Entscheidungen über Exklusion oder Integration fallen, und wie diese dann umgesetzt werden – oder auch nicht. Entsprechen sie den Menschenrechten? Sind sie klar definiert, oder lassen sie Raum für Abwägung im Einzelfall? Gibt es die Gefahr der Willkür?

Aber natürlich spielt auch der sozioökonomische Status – also Arbeitsmarktsituation, Wohnverhältnisse, Bildung, Vernetzung vor Ort und Vertrautheit mit der deutschen Gesellschaft – eine wesentliche Rolle. Hier in Europa ist der sozioökonomische Status entscheidend für die Anerkennung, die ein Mensch erhält. Gerade diejenigen, die krank oder traumatisiert, also am meisten auf Schutz angewiesen sind, laufen Gefahr, ausgegrenzt zu werden. Aber auch anerkannte Flüchtlinge, die mit Einheimischen rechtlich nahezu gleichgestellt sind, können sich oftmals gesellschaftlich ausgeschlossen fühlen.

Woran liegt das?

In jeder Gesellschaft gibt es emotionale Gemeinschaften. Das sind Gruppen, denen sich Menschen zugehörig fühlen. Die Zugehörigkeit definiert sich über zahlreiche informelle Kriterien und ungeschriebene Regeln wie Verhalten, Werte, Sprache, Religion und vieles mehr. Wer nicht all das verinnerlicht hat, bleibt außerhalb dieser Kreise. Und gerade für jemanden, der nicht hier aufgewachsen ist, kann es sehr schwer sein hineinzufinden.

Ist es nicht eine Frage der Zeit, bis jemand, der neu kommt, die Regeln lernt?

Zeit spielt eine wichtige Rolle. Exklusion kann allerdings extrem lange anhalten. Ein Teilprojekt des MPI für Bildungsforschung greift dazu zwei Beispiele aus der Geschichte auf. In dem einen geht es um die Integration deutscher Heimatvertriebener nach 1945. Bis sie als Teil der lokalen Bevölkerung akzeptiert wurden und sich auch zugehörig fühlten, dauerte es länger als eine Generation. Das zweite Beispiel befasst sich mit Flüchtlingen, die 1947 nach der Teilung Indiens gewaltsam aus Pakistan vertrieben wurden. Auch sie brauchten Jahrzehnte, bis sie in Indien, ihrer neuen Heimat, integriert waren.

Bei manchen Migrantinnen hat man den Eindruck, dass sie gar nicht dazugehören wollen, sondern lieber unter sich bleiben.

Das gibt es auch. Aber das lässt sich zum Teil als Reaktion auf vorangegangene Ausgrenzung erklären. Menschen, die ausgeschlossen werden oder sich so fühlen, entwickeln ein Verhalten, wie sie damit zurechtkommen. Wer in der Gesellschaft

keine angemessene soziale Anerkennung findet, kann sich entweder so lange bemühen und engagieren, bis es ihm gelingt. Oder resignieren und sich einer anderen emotionalen Gemeinschaft anschließen. Wer rechtlich nicht als Asylbewerber anerkannt wird, kann vor Gericht gehen. Er kann auch oft gute Gründe anführen, um nicht abgeschoben zu werden. Oder aber er taucht unter, um sich selbst zu schützen.

Das Letztgenannte ist ja nicht gerade im Sinne des Gesetzes ...

...aber eine Konsequenz, der man sich bewusst sein sollte. Auch darauf werden wir in der Forschungsinitiative ein Augenmerk richten. Jede rechtliche Regelung ist dazu da, dass Menschen sie nutzen. Wenn das nicht möglich ist, muss man einsehen, dass für manche die Perspektive, abgeschoben zu werden, so abschreckend ist, dass sie alles daransetzen, das zu verhindern. Wir sollten bedenken, wie wir uns selbst in einer solchen Situation verhalten würden.

Es erstaunt immer wieder, wie unterschiedlich Flüchtlinge in Deutschland behandelt werden. Das geht von der Arbeitserlaubnis bis zur Abschiebung ...

Tatsächlich unterscheiden sich die Regelungen und die Anwendung der Gesetze zwischen den Ländern stark. Besonders problematisch kann es sein, wenn Flüchtlinge über lange Zeit in großer Unsicherheit leben müssen. Dieser Zustand in der Schwebe kann zu einer extremen Belastung werden. Die Menschen wissen nicht, ob es sich lohnt, soziale Kontakte zu knüpf-



„Eine Stärke unseres gemeinsamen Projekts ist, dass die einzelnen Teams von Daten, Wissen und Kenntnissen der jeweils anderen profitieren können“, sagt Marie-Claire Foblets.

fen, die Sprache zu lernen und sich selbst um eine Arbeit zu bemühen, wenn alles, was sie sich hier aufbauen, möglicherweise nur wenige Wochen oder Monate Bestand hat.

Das Thema Migration ist einer der Hauptstreitpunkte bei den Verhandlungen für eine neue Bundesregierung. Können Sie die Politik da nicht unterstützen, zum Beispiel mit dem Entwurf eines Einwanderungsgesetzes?

Wir machen Grundlagenforschung, keine politische Beratung. Das heißt, wir sammeln zuerst Erkenntnisse – konkret eben über die Mechanismen und Zusammenhänge von Exklusion und Migration. Eine

Stärke unseres gemeinsamen Projekts ist, dass die einzelnen Teams von Daten, Wissen und Kenntnissen der jeweils anderen profitieren können. Wenn wir aus diesen Ergebnissen ein Gesamtbild formen, werden wir Defizite und Widersprüche im System klar benennen können. Die akademische Freiheit gibt uns die Möglichkeit, unabhängig von politischen Konzepten und wahltaktischen Überlegungen zu denken. Auf dieser Basis haben wir durchaus vor, Alternativen zu den bestehenden Regelungen zu erarbeiten und in die Politik einzubringen. Aber dazu brauchen wir Zeit, die noch notwendigen Daten zu sammeln und zu analysieren.

Rückkehr oder Neuanfang?

Somalische Flüchtlinge ziehen nicht nur von Afrika nach Europa, es gibt auch eine Gegenbewegung. Ein Projekt am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle fragt nach den Beweggründen und untersucht die Folgen.

Seit dem Zusammenbruch des somalischen Staates Anfang der 1990er-Jahre sind Hunderttausende Menschen vor den militärischen Konflikten zwischen Warlords, Clans und diversen

Milizen geflohen. Die meisten von ihnen gingen zunächst in die Nachbarländer, zum Beispiel nach Kenia. Wem es möglich war, der zog weiter nach Europa, Nordamerika oder auch in arabische Länder.

Seit einiger Zeit gibt es einen gegenläufigen Trend, wie Tabea Scharrer vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle beobachtet: Somalier gehen aus Europa wieder nach Ostafrika, und damit auch nach Kenia. Besonders in den kenianischen Städten leben viele Somalis: Teils sind sie kenianische Bürger, teils geflüchtete Somalier, von denen viele mittlerweile seit Jahrzehnten in Kenia leben. Dazu kommen nun somalische Familien meist aus westlichen Ländern, teils aus arabischen Staaten.

Im ostafrikanischen Kontext gehören sie der Mittel- oder Oberschicht an – sie stammen aus vermögenden Familien oder haben sich außerhalb Afrikas wirtschaftlich etabliert. Zudem haben die meisten von ihnen die Staatsbürgerschaft der Länder angenommen, in denen sie viele Jahre gelebt haben. Viele Familien gehen nach Ostafrika, weil die Elterngeneration fürchtet, ihre Kinder seien zu stark vom westlichen Leben beeinflusst. Aber auch junge Leute, die außerhalb Afrikas aufgewachsen sind und dort eine Berufsausbildung gemacht haben, versuchen nun, in Kenia Fuß zu fassen.

Dieses Phänomen will Tabea Scharrer genauer untersuchen. Eine wichtige Frage des Projekts lautet, welche Gründe die Menschen dazu bewegen, aus Europa nach Ostafrika „zurückzukehren“. Exklusion könnte eine wichtige Rolle spielen: Fühlten sie sich in ihrer neuen Heimat nicht zu Hause? Wurden die Kinder in der Schule benachteiligt? Fanden sie zu wenig Anschluss an die Gesellschaft? Und wie leben die „Rückkehrer“ in Ostafrika, gelingt es ihnen dort besser, heimisch zu werden?

Ein weiteres Thema ist der potenzielle Einfluss der Rückkehrer auf die

Zurück in Mombasa: In Häusern wie diesem leben Somalier der Mittelschicht, die von Europa nach Kenia gezogen sind.



somalische Gesellschaft in Kenia. Unter Somaliern ist häufig zu beobachten, dass sie sich stark über ihre ethnische Zugehörigkeit definieren. Die Schwierigkeit, die eigene Kultur in den westlichen Industrieländern aufrecht zu erhalten, ist für manche Somalier die wesentliche Motivation zurückzukehren. In Kenia könnten sie allerdings da-

mit die konservative Haltung der somalischen Gesellschaft weiter verstärken und ebenso die Tendenz, sich von anderen kenianischen Bevölkerungsgruppen abzugrenzen.

Für Tabea Scharrer sind aber auch entgegengesetzte Entwicklungen denkbar. Die Zeit außerhalb der somalischen Gesellschaft Ostafrikas könnte auch ei-

nen kosmopolitischen Lebensstil hervorbringen – vor allem bei den Kindern der Rückkehrer, die oft lieber in Europa oder Nordamerika geblieben wären. Ihre Erfahrungen mit der Migration und dem Leben in anderen Gesellschaften könnte also auch dazu führen, dass die Gesellschaft der Somalier in Kenia offener und vielfältiger wird. ◀

Welche Rechte gelten in den griechischen Hotspots?

Auf mehreren griechischen Inseln hat die EU Flüchtlingslager mit eigenen Aufnahmebedingungen und Verfahren eingerichtet. Ein Forschungsprojekt am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht in Heidelberg prüft, ob diese Regeln rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen und wie sie sich in der Praxis auswirken.

Als im Jahr 2015 immer mehr Menschen über das Mittelmeer nach Europa flüchteten, reagierte die Europäische Kommission mit der Gründung von „Hotspots“ in Italien und Griechenland. In diesen Lagern, die als Notfallmaßnahme gedacht waren, sollten Flüchtlinge Unterkunft finden, sich registrieren lassen und Asylanträge stellen können. Mittlerweile sind diese Hotspots zu einer Dauereinrichtung geworden.

Im März 2016 vereinbarte die EU einen „Deal“ mit der Türkei, wonach Migranten, die von der Türkei illegal nach Griechenland einreisen, dorthin abgeschoben werden sollen. Seitdem dienen die Hotspots auf den griechischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos faktisch als Abschiebelager.

Catharina Ziebritzki vom Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht und Robert Nestler vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung beschäftigen sich mit der Situation der Flüchtlinge in den Lagern. Verfahren und Aufnahmebedingungen dort stehen im Widerspruch zu verschiedenen griechischen Gesetzen, zu EU-Normen und internationalen Konventionen.

So unterschreiten schon die Lebensbedingungen in den Lagern die Mindeststandards, welche sich die EU selbst gesetzt hat. Die Unterkünfte sind überbelegt und zum großen Teil nicht winterfest. Die medizinische Versorgung ist schlecht, ebenso die Sicherheitslage. Anders als vorgesehen, verbringen die meisten Flüchtlinge dort mehrere Monate, teils sogar mehr als ein Jahr.

Eigentlich wird in den EU-Hotspots in Griechenland ein beschleunigtes Asylverfahren angewendet. Kernpunkt ist eine Zulässigkeitsprüfung: Sie soll vorab klären, ob ein Asylantrag überhaupt angenommen wird. Oder ob die Asylsuchenden in der Türkei, woher sie eingereist sind, nicht auch Schutz gefunden haben oder hätten finden können. Die Wissenschaftler kritisieren, dass dafür die Bedingungen in der Türkei den europäischen Richtlinien entsprechen müssten, was weder die EU noch die griechischen Behörden kontrollieren könnten.

Ein wesentliches Manko ist nach Ansicht der Europarechtler, dass das beschleunigte Verfahren derzeit keine rechtliche Grundlage hat. Schon nach dem EU-Türkei-Deal war ein entsprechendes Gesetz deutlich verspätet in

Kraft getreten. Seit Anfang 2017 ist dessen Geltungsfrist abgelaufen. Trotzdem wird das Verfahren weiter eingesetzt. So verkürzt es etwa die Einspruchsfrist gegen die Ablehnung eines Asylantrags von 30 Tagen auf fünf. Vor dem Hintergrund, dass die Asylbewerber in den Hotspots kaum Zugang zu juristischen Informationen und Rechtsberatung haben, halten die Juristen dies für äußerst problematisch.

Als fragwürdig stufen Ziebritzki und Nestler zudem die Rolle der Europäischen Unterstützungsagentur für Asylfragen (EASO) ein. Eigentlich sollte die Agentur die griechische Verwaltung nur unterstützen. Tatsächlich hat sie je-

doch erheblichen Einfluss auf die Asylentscheidung. Nach Recherchen der Wissenschaftler sind für die Zulässigkeitsprüfung meistens ausschließlich EASO-Mitarbeiter zuständig. Sie führen die Anhörung mit den Asylsuchenden, erstellen ein Protokoll und geben eine „Empfehlung“, welcher die griechische Asylbehörde in aller Regel folgt.

Auch in anderen Bereichen des Asylverfahrens spielt die Agentur eine einflussreiche Rolle – und das ohne juristische Einspruchsmöglichkeit, monieren die beiden Forscher. Denn es gibt kein Gericht, das effektiven Rechtsschutz gegen Tätigkeiten der EASO gewährleistet – ein Manko, das übrigens

auch auf die Grenzschutzagentur Frontex zutrifft und auf Europol, die EU-Polizeibehörde. Die einzige Möglichkeit, Rechte gegenüber diesen Institutionen einzufordern, ist bisher eine Beschwerde beim Europäischen Ombudsmann.

Für die Wissenschaftler ergeben sich daraus weitere Forschungsfragen: Ihre These ist, dass die EU zunehmend Einfluss auf Asylentscheidungen nimmt – nicht nur rechtlich, sondern auch administrativ. Die Forscher wollen deshalb die Funktion und die Arbeitsweise der EASO sowie die Verantwortlichkeit der EU für die Rechtsverletzungen in den griechischen Hotspots genauer untersuchen. ◀



Eiseskälte im Hotspot: Auch mehrere Jahre nach Einrichtung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln ist ein Teil der Unterkünfte nicht winterfest.



Neue Heimat Manhattan: Mehr als ein Drittel der New Yorker sind außerhalb der USA geboren. Die Einwanderer sind in der Regel gesünder als die angestammten Bewohner.

Macht Ausgrenzung Migranten krank?

Aus den USA weiß man: Einwanderer sind meist gesünder als gleichaltrige Durchschnittsbürger. Doch mit der Zeit verliert sich der Effekt. Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock ergründen, ob dieses Phänomen auch für Europa gilt und welche Ursachen dafür verantwortlich sind.

Wer sich auf den Weg macht, um sein Leben in einem fremden Land neu zu beginnen, bringt in der Regel eine Voraussetzung mit: Er ist rundum gesund. Menschen mit chronischen Krankheiten oder anderen körperlichen Gebrechen wandern selten aus. In der Wissenschaft ist dieses Phänomen als *healthy migrant effect* bekannt. Wie mehrere internationale Studien belegen, sind Einwanderer im Schnitt gesünder als ihre neuen Mitbürger. Und in einem weiteren Punkt unterscheiden sie sich: Normalerweise gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status von Menschen, also Bildung, Beruf und Einkommen, und ihrem Gesundheitszustand. Arme und sozial Benachteiligte leiden etwa deutlich öfter an Herzkrankungen, Diabetes oder Asthma als die übrige Bevölkerung. Bei Einwanderern ist dieser Zusammenhang weit weniger zu beobachten.

Die Vorteile in Sachen Gesundheit gelten jedoch vor allem für neu Eingewanderte. Je länger Zuwanderer in der

neuen Heimat leben, desto geringer werden die Unterschiede zur angestammten Bevölkerung. Diese Erkenntnisse sind vor allem für klassische Einwanderungsländer wie die USA und Kanada gut belegt. Untersuchungen in Europa haben bisher zu widersprüchlichen Ergebnissen geführt.

Ein Team um Mikko Myrskylä vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung untersucht nun mithilfe großer Datensätze aus Italien, Finnland und Schweden den *healthy migrant effect* systematisch für Europa. Die Forscher vermuten, dass sich der Effekt hier ebenfalls nachweisen lässt und dass er gleichermaßen mit der Zeit nachlässt. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage nach den Ursachen: Warum verschlechtert sich der Gesundheitszustand von Zugewanderten mit der Zeit?

Die Forscherinnen und Forscher haben die These aufgestellt, dass vor allem Ausgrenzung dafür verantwortlich ist. Denn Eingewanderte haben in vielerlei Hinsicht Nachteile: Sie können nicht so leicht soziale Kontakte knüpfen, weil sie die Sprache oft nur schlecht beherrschen. Sie arbeiten häufig in

schlecht bezahlten und wenig angesehenen Berufen – teils wegen ihrer Sprachprobleme, teils weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden. Auch im Gesundheitssystem ist die Sprachbarriere eine Hürde. Dazu kommt, dass ein gesunder Lebensstil bei Eingewanderten weniger verbreitet ist als bei Einheimischen, auch weil Gesundheitskampagnen sie weniger erreichen.

Wenn die Wissenschaftler nachweisen können, dass sozioökonomische Benachteiligung die Gesundheit der Zugewanderten beeinträchtigt, wäre das eine wichtige Erkenntnis für die Gesellschaft insgesamt. Bislang ist schwer nachvollziehbar, in welchem kausalen Zusammenhang soziale Ausgrenzung und Gesundheit stehen. Sind Menschen krank, weil sie ausgegrenzt sind? Oder sind sie ausgegrenzt, weil gute Bildungsabschlüsse und eine einträgliche Arbeit nur mit guter Konstitution zu erreichen sind? Sicher existieren beide Zusammenhänge. Da die Einwanderer ursprünglich überdurchschnittlich gesund waren, zeigt ihr Beispiel möglicherweise, welchen Einfluss soziale Ausgrenzung auf die Gesundheit haben kann. ◀